
Erhalt vor Neubau – Bundesverkehrswegeplan muss auf den Prüfstand

Im Koalitionsvertrag haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit der SPD das Prinzip „Erhalt vor Neubau“ als Grundsatz für die gemeinsame Verkehrsinfrastrukturpolitik im Straßenbereich definiert. Im Zuge der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans werden alle Neubauvorhaben auf den Prüfstand gestellt. Erforderlich ist eine eigene naturschutzfachliche und umweltpolitische Bewertung des Landes ebenso wie eine ehrliche finanzpolitische Bilanzierung der Kosten für den Erhalt von vorhandenen Straßen, Brücken und Schienenwegen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine Verkehrswende in Niedersachsen ein. In deren Zentrum steht der Einsatz für mehr ökologische Mobilität sowie Investitionen in die vorhandene Straßeninfrastruktur statt unsinniger Neubauprojekte von Autobahnen und anderen Fernstraßen.

Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- **Alle Neubauprojekte gehören auf den Prüfstand:** Grüne Verkehrspolitik setzt im Straßenbereich auf Substanzerhalt und ein modernes Mobilitätsmanagement. Im Rahmen der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans sind Nutzen und Kosten von neuen Autobahnen und Fernstraßen kritisch zu hinterfragen und vor dem Hintergrund der Ziele des Klima- und Umweltschutzes zu bewerten. Auch die Systematik und die Verkehrsprognosen sind kritisch zu prüfen. Der Bestandserhalt, der Ausbau des ÖPNV, Telematik zur Nutzung vorhandener Verkehrswege und Angebote zur Verbesserung des Umweltverbundes in Städten und Landkreisen müssen Vorrang vor Neubau haben.
- **Rücknahme der Turbomittel:** Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, sind die Turbomittel für die beschleunigte Planung für die A20, die A39 und weitere neue Fernstraßenprojekte zurückzunehmen.
- **Keine private Finanzierung der Küstenautobahn und der E 233:** Es ist ein Trugschluss, dass ein Neubau der A20 und der E 233 durch eine Öffentlich-Private-Partnerschaft für die öffentliche Hand kostenneutral vonstatten geht. Außerdem ändert diese Art der Realisierung nichts an unserer grundsätzlichen kritischen Haltung zum Mehrwert dieser Autobahn.
- Im Sinne des Koalitionsvertrages fordern wir, erst dann neue Fernstraßenprojekte kostenintensiv zu planen, wenn in vertretbarer Zeit auch die Gesamtfinanzierung sichergestellt ist.